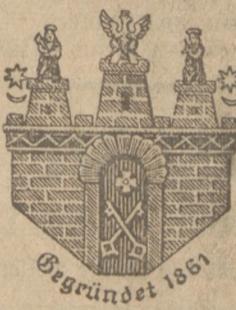


Posener Tageblatt



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zl., in den Ausgabestellen 5,25 zl., Postbezug (Polen u. Danzig) 5,40 zl., Ausland 8 Rm. einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zl., mit illust. Beilage 0,40 zl.

Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgepaltene Millimeterzeile 17 gr., im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlicher Manuskripte. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts“, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher: 6105, 6275. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. — Postscheckkonto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

Ein guter Globus
mit Kompass in 20 Farben
35 cm Durchmesser
zu beziehen auch
gegen Ratenzahlung von
Kosmos Sp. z o. o.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“

„Die Welt der Frau“

Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde“

69. Jahrgang

Mittwoch, den 10. September 1930

Nr. 208

Das „Posener Tageblatt“ wieder beschlagnahmt.

Die Serie der Beschlagnahmungen, die das „Posener Tageblatt“ im Laufe der letzten Monate über sich ergehen lassen mußte, ist mit der Beschlagnahme unserer gestrigen Nummer 207 um einen Fall vermehrt worden. Nachdem erst vor etwa 14 Tagen unser Blatt wegen eines damals von der Bromberger „Deutschen Rundschau“ übernommenen und auch in fast allen anderen deutschen Zeitungen unbeanstandet erschienenen Artikels beschlagnahmt wurde, beanstandete der Zensor in der gestrigen Nummer die zwei letzten Absätze eines uns von unserer Warschauer Vertretung telephonisch übermittelten Artikels über das neue Piłsudski-Interview, das der Marshall dem Chefredakteur der „Gazeta Polska“ gemährt hatte.

Unseren Lesern, die nicht mehr in den Besitz der beschlagnahmten Ausgabe gelangt sind, liefern wir heute die zwei ersten Seiten der Politik, sowie die Unterhaltungsbeilage der gestrigen Nummer nach.

Französische Blätter zur Genfer Europakonferenz.

Paris, 9. September. (R.)

Die Morgenpresse hebt die Bedeutung der geplanten Europakonferenz in Genf hervor. Die Blätter weisen auf die Meinungsverschiedenheit zwischen Briand und Henderson hin, die schließlich durch die angenommene Entschließung vorläufig beigelegt wurden und sprechen von der „aktiven und passiven These“. Blätter wie „Echo de Paris“ und „Figaro“, die überhaupt gegen die Völkerbundspolitik Briands sind, bedauern, daß Briand seinen Plan der europäischen Föderation gestern nicht einfach hassen lassen.

Der Augenpolitiker des „Matin“ schreibt, die Annäherung der europäischen Völker sei bis jetzt das beste Mittel, um die Wirtschaft des Völkerbundes zu stärken. „Journal“ schreibt, mit Geduld und mit elastischen Ausdeutungsformeln könne die Genfer Diplomatie auf dem Papier jetzt die heikelsten Fragen lösen; sie regle alles außer der Opposition der Tschechen. „Quotidien“ bedauert, daß in der gestrigen Europakonferenz nicht der Vorschlag gemacht worden sei,

Rußland und die Türkei zur Beteiligung an den Beratungen aufzufordern, denn diese hätten der Völkerbundskonferenz die Möglichkeit gegeben, das Wort Europa klar zu begrenzen. „Echo de Paris“ fragt, weshalb sollte man gegenüber dem Genfer Völkerbund nicht einen europäischen Völkerbund als Rivalen schaffen? Nach der Annahme der Briandschen Tagesordnung frage man sich, wer habe denn nun eigentlich gewonnen, Briand oder Henderson? Das könnte niemand genau feststellen.

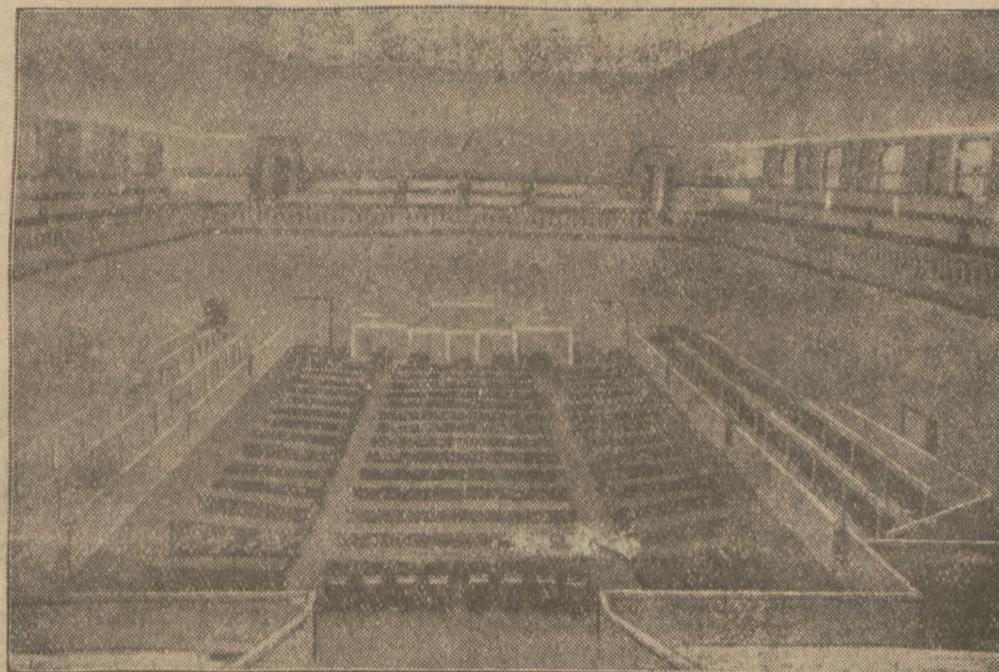
Der „Figaro“ schreibt: Eine ernste französisch-englische Meinungsverschiedenheit. Briand sei es gelungen, eine Entschließung zur Annahme zu bringen, die vor dem Völkerbund schon das Vorhandensein einer gewissen europäischen Solidarität besagt, während Henderson gewollt habe, daß die Völkerbundskonferenz zuerst einmal mit dem Plan beginne, damit man die Bemirksamkeit mit um so größerer Sicherheit unterbinden könne. Briand könne aber auch weiterhin noch befürchten, daß sein Werk durch irgendein Seitenmanöver unmöglich gemacht werde. Es könnte zu widersprüchlichen Abstimmungen kommen, und die europäische Föderation wäre erledigt. Wir, so erklärt das Blatt, würden das nicht beklagen.

Lodzer Streikgefahr beigelegt.

Warschau, 9. September. Wie berichtet wird, ist der Konflikt zwischen den Arbeitern und den Industriellen in der Lodzer Textilindustrie dem Arbeitsinspektor zur Entscheidung auf schiedsgerechtlichem Wege überwiesen worden. Aller Voraussicht nach wird der Konflikt auf gütlichem Wege beigelegt werden, und die Vorstände der Berufsverbände haben, infolge der ablehnenden Haltung der weitauß größten Mehrheit der Arbeiter einem Streik gegenüber, keine Aussicht, ihre Streikparole verwirklichen zu können.

Ein neues Briand-Memorandum. Eröffnung in Genf.

Die 60. Ratstagung. — Die erste Pan-Europakonferenz. Vor Beginn der Vollversammlung.



Der Sitzungssaal im Kurfürstensaal in Genf,

Genf, 8. September.

Der Völkerbundsrat hat heute vormittag um 11 Uhr seine 60. Tagung mit der üblichen nicht-öffentlichen Sitzung begonnen. Die Zahl der Ratsmitglieder ist übrigens erst in den heutigen Morgenstunden durch das Eintreffen des italienischen Außenministers Grandi und des polnischen Außenministers Jaleski vollständig geworden.

Der Rat billigte in seiner nichtöffentlichen Sitzung seine vorläufige Tagesordnung und beschäftigte sich mit einigen internen Budget- und Personalfragen.

In der öffentlichen Sitzung unterbreitete der Berichterstatter Procopé-Zinnland heute vormittag dem Völkerbundsrat seinen Bericht über die Durchführung des Palästina-Mandats durch Großbritannien.

Henderson erklärte in seiner Antwort, die britische Regierung nehme die Stelle in Procopés Bericht, die auf die Schwierigkeiten Großbritanniens in der Verwaltung Palästinas hindeute, dankbar zur Kenntnis. Die britische Regierung werde suchen, das gute Verhältnis zwischen Arabern und Juden zu fördern, ohne das Frieden und Wohlfaht in Palästina nicht erzielt werden könnten.

Briands Denkschrift umfaßt 142 Druckseiten.

Genf, 8. September.

Am Nachmittag begann die erste Europakonferenz unter dem Vorsitz Briands. Die Tische für die Teilnehmer sind mittler im Saal in einem Kreis aufgestellt. Briands neues Memorandum, ein umfangreiches Weißbuch, liegt auf jedem Platz.

Am Eingang wird eine strenge Kontrolle ausgeübt. Nur die Vertreter der Staaten und die begleitenden Sekretäre sind zugelassen. Die Völkerbundbeamten und die Presse sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Es sind über zwanzig Außenminister anwesend.

Briand erstattete zuerst Bericht über seine bei den europäischen Regierungen unternommenen Schritte und deren Ergebnisse. Die neue Denkschrift Briands umfaßt 142 Druckseiten. Sie enthält sein erstes Memorandum und die Antworten der 26 Regierungen. Sodann wird in einem Anhang festgestellt, daß die Antworten den Beweis liefern, welche Bedeutung die Regierungen der

materiellen und moralischen Organisation Europas beilegen, und wie sehr sie bemüht seien, ihre Vermirkung auf einem methodisch vorbereiteten Boden einzuleiten. Es wird an die Regierungen appelliert, den Gründen für eine Einigung der Nationen mehr Wichtigkeit beizumessen, als den Meinungsgegenräßen über gewisse noch nicht definierte einzelne Punkte.

Weiter wird gesagt, alle Regierungen seien mit der französischen darin einig gewesen, die vorgeführte Union unter die moralische Autorität des Völkerbundes zu stellen. Mehrere Regierungen hätten anderseits vorgeschlagen, daß die Vertreter der Nichtmitgliederstaaten aufgefordert würden, an den Zusammensetzungen der Europa-Konferenz von Anfang an teilzunehmen. Hierüber müsse man die Meinung des Völkerbundes feststellen. Es handle sich heute nunmehr um einen ersten Meinungs austausch und um eine vor der Eröffnung der Völkerbundskonferenz vorzunehmende grundlegende Beratung über die der Versammlung zu unterbreitenden Fragen.

Zurück an den Völkerbund.

Genf, 9. September. (R.)

In der Beisprechung über die europäischen Einigungsbestrebungen wurde gestern beschlossen, die weitere Behandlung dieser Frage der Vollversammlung des Völkerbundes zu überweisen.

Curtius über Paneuropä.

Genf, 9. September. (R.)

Reichsausßenminister Dr. Curtius empfing gestern die Vertreter der WeltPresse. Er betonte, daß die deutsche Regierung von Anfang an eine positive Stellung zu dem Gedanken einer europäischen Föderation eingenommen habe. Die Politik der internationalen Zusammenarbeit und der Förderung des Friedens werde von jeder künftigen Regierung fortgesetzt werden müssen.

Und die Memelfrage?

Wie verlautet, soll auf der Vollversammlung des Völkerbundes die Memelfrage auf Grundlage der großen Beschwerde des Memellandes an den Völkerbund noch nicht zur Sprache gelangen; offenbar scheinen hierbei Rücksichten auf die Anfang Oktober bevorstehende Neuwahl zum Memel Landtag eine Rolle zu spielen. Ferner scheint der Zeitpunkt der Einreichung der Memelbeschwerde eine sachliche Erörterung auf der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundsrates schwierig zu machen.

Der Bauer will nicht.

Die große Generalprobe in Russland. — Optimismus — und Tatsachen. — Inflationsanzeichen und Hungersgefahr. — Hält der Fünfjahresplan?

Von unserem Berichterstatter.

N. Moskau, August 1930.

Seit der Zeit des neuen Erfolgstauchs der Generallinie der kommunistischen Partei sind noch keine sechs Wochen vergangen. Auf dem Parteikongress vermochte Stalin mit unkontrollierbaren Ziffen, die eine Propriät sondergleichen vortäuschten und der Sache des Fünfjahresplanes die besten Aussichten eröffneten, eine Hurra-Stimmung zu erzeugen, die ihm den Beifall seiner Getreuen sicherte. Ein Moskauer Blatt zitierte damals das deutsche Wort: „Es ist alles in Butter!“ Die Union der bolschewistischen Räterepubliken war auf dem Marsch — und: Wehe, Europa!

Seitdem sind, wie gesagt, etwa sechs Wochen vergangen. Die Wunschkinder, die durch das Zahlenmaterial überreicher Statistiken schön in den Mantel einer angeblichen Wirklichkeit drapiert waren, sind zurückgetreten. Mit dem Diktator haben sie sich in die unerreichbare Ferne eines kaukasischen Kurorts verkrochen. Und die harten Alltaglichkeiten haben sich wieder Gehör verschafft. Mit einer gebietenden Eindringlichkeit, die jedem Sowjetbürger, mag er der privilegierten Klasse der Proletarier, den ††† Parias-Bourgeois oder der grauen Masse der Parteilosen und des Bauerniums angehören, die Gänsehaut über den Rücken treibt. Die Ernährung hat so große und (für die Aussichten der herrschenden Kommunisten) so unheilvolle Fortschritte gemacht, daß führende Organe der Sowjetpresse sich gezwungen sehen, gegen die Alarm- und Panikstimmung Front zu machen. In der ersten Spalte wollen sie ihren Lesern glauben machen, daß noch immer alles in Ordnung sei, daß man keinen Grund zu einer besonderen Aufregung sehen könne, daß eigentlich nach wie vor „alles in Butter sei“. Schon in der zweiten Spalte sind aber die gleichen Zeitungen gezwungen, erschütternde Angaben zu bringen, die täglich von allen Seiten aus allen Ecken und Enden des Riesenreiches zusammenfließen und die so vielsagende Einzelheiten über die sich mit jeder Stunde mehrenden Schwierigkeiten enthalten, daß man nicht einmal mehr darauf angewiesen ist, wie bisher zwischen den Zeilen zu lesen. Schwarz auf weiß steht es da. Und dieselben von den Bolschewisten so beliebten und bei jeder Gelegenheit angewendeten Zahlen haben Wahrheiten in die Öffentlichkeit gebracht, die sich in den Kongresslagen in der behördlich auf künstlichem Wege erzeugten Siegesstimmung nicht an den Tag wagten und die in ihrer scharfen Nadeltheit alles bis heute selbst im Bolschewistenstaate Gewohnte in den Schatten stellen. Die vielleicht zum ersten Male seit Bestand des Regimes ein Versagen auf der ganzen Linie bringen. Die von einem Zusammenwirken aller Faktoren gegen den Fünfjahresplan, dem Rückgrat des Systems, sprechen. Es nützt nichts, wenn auch heute noch in Moskau an jeder Straßenecke, in jeder Straßenbahn, an jeder öffentlichen Stelle, wenn in jeder Stadt und in jedem Dorf die „Richtlinien“ des Kongresses angeschlagen sind, wenn überall Partei-, GPU- und Militärstaffbrigaden „Aufklärungsarbeit“ leisten. Es nützt alles nichts — wenn der Bauer nicht will. Und daß er nicht will, darüber kann heute zum Leidwesen der Moskauer Machthaber ein Zweifel nicht mehr bestehen. Die Zahlen sagen es, und die vertraulichen Berichte von Ort und Stelle, die man sich in Moskau von Ohr zu Ohr flüstert.

Der Kernpunkt des ganzen Fünfjahresplanes bleibt trotz aller Industrialisierungspläne vorläufig die Landwirtschaft. Inwieweit aber die Hoffnungen übertrieben waren, die die leitenden Männer in Moskau auf das Dorf setzten, zeigt die Tatsache, daß die Ernährungslage heute so katastrophal ist, wie sie vor dem großen Hungerjahr 1921/22 war. Die Zahlen, die hierüber von amtlicher Stelle verbreitet werden, besagen, daß die Einbringung und Erfassung der Ernte, die, wie alles in der verstaatlichten Sowjetwirtschaft, nach einem bestimmten Plan vorgenommen wird, bisher nur eines erwarten lassen, nämlich ein neues Hungerjahr. Im Juli ist der Plan nur bis zu 56 v. H., in der ersten Hälfte des August sogar nur bis zu 23 v. H. durchgeführt worden. Die Ernte wird zwar als gute Mittelernte bezeichnet; in Sibirien sind durch die Regengüsse aber weite Strecken überschwemmt, im Kaukasus durch die Aufstände die Erntearbeiten unmöglich gemacht worden. Dazu liegt ein ungeheuerer Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen vor, ist hier und da trotz der optimistischen Angaben Stalins auf dem Kongress die Aussaat doch nicht durchgeführt worden und besteht überall die Neigung, das Brot lieber zu verstauen oder auf dem Schleichwege zu einem teureren Preis zu verkaufen, als es den Behörden für wertloses Papiergele zu einem weit unter dem Weltmarktpreis liegenden Preis abzugeben.

Auch der unkomplizierte Sinn des Bauern merkt sich die Zeichen der zunehmenden Tschewonez-Inflation und will sein Getreide nur noch für gutes Silbergeld abgeben. Dass die Todesurteile, die gegen die Silberhamsterer ausgesprochen werden, die Liebe des Bauern zum Kommunismus nicht stärken, vielmehr seinen Hass steigern, ist selbstverständlich. Ein sprechendes Beispiel ist die Tatsache, daß die neue innere Unruhe „Der Fünfjahresplan in vier Jahren“, zu deren Beteiligung das Dorf ohnehin schon niedrig genug angesehen war, von den Bauern nur bis zu 2 v. H. des Voranschlages gezeichnet wurde. Je größer das Misverhältnis zwischen den dem Bauern von der Regierung gezahlten Preisen für sein abgeliefertes Getreide und zwischen dem ist, was er in den Genossenschaftsgeschäften dafür erhält, desto mehr wächst seine Unlust an dem behördlichen Getreideverkauf.

Die Aussichten für die Ernährungslage im Herbst und Winter sind demnach so erschütternd, daß in verschiedenen Gebieten bereits der Alarmzustand verhängt wurde. Das bedeutet höchste Gefahr, das bedeutet: wer nicht mitmacht, wird erschossen. Denn noch immer glaubt man in Moskau, die schwierigsten volkswirtschaftlichen Fragen mit Hilfe der SPU und mit Hilfe von Todesurteilen am besten lösen zu können. Während die Moskauer Zentrale eine 20prozentige Besserung der Ernährung für das nächste Jahr verspricht, hofft sie, daß damit auch das Murren der städtischen Bevölkerung übertönt wird. Aber auch hier wird der Hungersriemen enger geschnallt, 100 Gramm Butter für den Monat machen niemanden zu einem Freund des Regimes, und wenn der Städter erfährt, daß in großen Gebieten der Sowjetunion über die Erntesorgen die Herbstausaat soweit vergessen wurde, daß heute, 10 Tage vor ihrer Beendigung, nur 0,97 v. H. der ganzen Fläche ausgesät ist, dann packt ihn auch die Verzweiflung.

Das Streben der Regierung geht dahin, möglichst viel Getreide und landwirtschaftliche Produkte zur Ausfuhr zu gewinnen, um die teure Valuta zur Beschaffung von Maschinen und Industriezeugnissen zu erhalten. Diese Rechnung, zu Schleuderpreisen zu exportieren und die Weltmarktpreise zu unterbieten, während in Russland selbst sogar Proletariermassen hungern, hat zu einer Stimmung geführt, die mehrere Atmosphären über Normal erreicht hat. Während die offiziellen Blätter sich in theoretischen Untersuchungen über die Aussichten des gigantischen Fünfjahresplans ergehen und den leitenden Spitzen überreichlich Lob spenden, kann man in Russland für Geld nichts mehr kaufen. Die „Krasnaja Gaveta“ stellte kürzlich fest, daß z. B. die kaukasischen Kurorte nur deshalb so eichlich besucht sind — weil es dort weiße Brötchen ohne Karten gibt. In der „Iswestija“ (Nr. 216) kann man lesen, daß nach Moskau Hunderte von Tonnen verfaultes Gras statt Gemüse eingeführt werden, und daß am Don an einem Knotenpunkt kürzlich mehrere Ei, die mit Kohl beladen waren, vernichtet werden mußten. In dem gleichen Blatt (Nr. 213) heißt es, daß die Eierversorgung nur bis zu 29 v. H. durchgeführt sei, während russische Eier aber gleichzeitig den Weltmarkt überschwemmen.

Jeder Tag bringt für die Sowjetregierung, die fast in Permanenz tagt, neue Sorgen. Über allem aber steht die Ernährung. An die Führer werden durch die neue Entwicklung enorme Forderungen gestellt. Die Kernfrage ist aber nicht mehr, ob sie sich ihnen gewachsen zeigen werden, die Kernfrage ist vielmehr, ob der Bauer seinen Willen aufgibt. Der Fünfjahresplan wird im bevorstehenden Winter in seinen entscheidenden Abschnitt eintreten. Gelingt die Sicherstellung der Ernährung nicht, dann droht ihm der Zusammenbruch. Hier liegen die Gefahrenpunkte für die Sowjetregierung — und nicht etwa in dem Hungergespenst an sich, auch wenn es neue Millionen hinwegraffen sollte. Der Fünfjahresplan, mit dem das System auf Gedächtnis und Verderb verbunden ist, wird jetzt die Generalprobe auf seine Existenzberechtigung abzulegen haben.

Keine Aenderung der Wahlordnung.

Wahlvorbereitungen überall. — Die Lage der Minderheiten.

(Teleg. unseres Warschauer Berichtstatters.)

Warschau, 9. September.

Das Interview Pilсудski hat selbstverständlich mit allen Auslassungen des Marsalls die größte Aufmerksamkeit erregt. Vor allem bei denjenigen Stellen, die die Absicht des Marsalls hinsichtlich der Wahlordnung andeuten. Die „Gazeta Warszawska“ findet es merkwürdig, daß der Marsall, wie er sagt, sich so viel Sorge um die Wahlen mache, woraus man erkennen könne, daß Pilсудski beschlossen habe, persönlich die kommenden Wahlen zu leiten. Die ursprünglich Pilсудski auch zugesprochene Absicht, er wolle die Wahlordnung ändern, bestätigt sich also nach dem Interview nicht, da Pilсудski selbst sagt, er habe nichts, was er in der Eile an die Stelle der bestehenden Wahlordnung setzen könne.

Die „Gazeta Warszawska“ macht nicht mit Unrecht darauf aufmerksam, daß gerade die Nationaldemokraten seit Jahr und Tag eine Änderung der Wahlordnung verlangen. Allerdings die Absicht der Nationaldemokratie dahin, die Wahlordnung in einem für die Minderheit möglichst ungünstigen Sinne in Zukunft umzugehen. Wie dem auch sei, jedenfalls war in den verschiedenen Pilсудskischen Regierungen nicht unbekannt, daß eine Änderung der Wahlordnung von verschiedenen Parteien befürchtet war, und sie hätten jedensfalls Zeit genug gehabt, sich darüber schlüssig zu werden, in welchem Punkt eine Änderung der Wahlordnung durchzuführen wäre und auf welche Weise eine abgeänderte Wahlordnung eingeführt werden könnte. Man scheint sich also in den letzten vier Jahren wenig um die Wahlordnung gekümmert zu haben, was zuletzt auch aus der letzten Rede hervorging, die der damalige Vizepräsident Switalski kurz vor seinem Sturz in der Philharmonie in Warschau gehalten hatte, und in der er sich über die Wahlordnungsänderung lustig gemacht hatte.

Pilсудski hat offenbar die Absicht, eine Auswahl unter den Kandidaten zu halten, die von den einzelnen Parteien in die staatlichen Wahlkommissionen delegiert werden sollen. Wie er eine Auswahl vorzunehmen gedenkt, wird wohl erst bekannt werden, nachdem die Liste der Kandidaten für die staatlichen Wahlkommissionen von den einzelnen Parteien aufgestellt worden ist. In diesem Interview hat Pilсудski ebenfalls den Abgeordneten vorgeworfen, daß er ernstliches Streben auf nichts anderes hinausleite als auf Geld, Geld und wiederum Geld.

Nun geht das Gerücht, Pilсудski habe dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Oberst Beden Auftrag erteilt, bei den verschiedenen Ministerien nachzuforschen, welche Abgeordneten es gewesen seien, die bei den Ministerien in privater und schmutziger „Angelegenheit“ vorgesprochen hätten. Das Ergebnis sei gewesen, daß kein einziger Abgeordneter der Oppositionsgruppe, sondern lediglich Mitglieder der Sanierung vorsätzlich geworden sind, sowie daß der Vizepräsident der B. B. Dr. Polakiewicz, sich an die Ministerien gewandt hätte, um in irgendeiner mehr oder weniger privaten Angelegenheit zu intervenieren. Unwahrscheinlich klingt das nicht.

Es wird damit nun keineswegs gesagt, daß sämtliche Mitglieder der Opposition reinere und bessere Menschen seien als die Mitglieder der

Oppositionspartei. Aber da schon die Oppositionsmitglieder wenig Erfolg bei einer solchen Intervention hatten, so ist es leicht möglich, daß diese von vornherein auf solche erfolglosen Unternehmungen verzichtet haben.

Das Verhältnis zu den Minderheiten ist nicht besser geworden. Die scharfe Resolution, die am letzten Sonntag gegen die Deutschen gesetzt wurde, läßt die Zukunft der deutschen Polen recht trüb erscheinen, zumal auch ähnliche Kundgebungen an den verschiedensten Orten erfolgt sind. Das Verhältnis zu den slawischen Minderheiten ist auch nicht besser geworden. Die schöne Periode des wieder in seine Wojewodschaft zurückgekehrten früheren Innenministers Józefki, der eine Auslösung mit den Ukrainern und Weißrussen beabsichtigte, ist offenbar vorbei. Józefki hat den orthodoxen Ukrainern ihre Kirchenversammlungen, den sog. Sobor, wiedergegeben, er hat die zu schweren Zuchtaufnahmen verurteilten weißrussischen Führer aus den Gefangenissen entlassen, und verschiedentlich schien sich eine Entspannung anzubahnern. Nun sind wieder zahlreiche führende Ukrainer und Weißrussen, darunter Abgeordnete, hinter Schloß und Riegel festgesetzt worden, sie werden also während der Zeit der Wahlpropaganda verschwunden sein. Die Małopolsken gegen die Ukrainer werden erklärt durch die verschärfte Tätigkeit, die die geheime militärische ukrainische Militärorganisation entfaltet habe. Die Verhaftungen haben aber die Situation auch kaum gebessert, denn immer wieder treffen Nachrichten von neuen und zahlreichen Brandstiftungen gegen einsame polnische Bauernhöfe und den Polen gehörige Scheunen ein, die den ukrainischen Aktivisten zugeschrieben werden.

Kopje
der deutschen Parteiführer.



Koch-Weser (Staatspartei).

Die Regierung hat inzwischen die den Abgeordneten gewährte Erlaubnis, Waffen zu ihrem Schutz bei sich zu tragen, aufgehoben. Diejenigen Leute, die sich an den Überfall erinnern, die eine Anzahl unbekannt gebliebener Militärs auf den Biarmarschall des Sejm, den bekannten Abgeordneten Dąbrowski verübt haben, denken mit Schaudern daran, daß ihnen die Waffen fehlen, falls sie selbst Opfer eines Überfalls von unbekannten Persönlichkeiten werden sollten.

Der Block der Centralen ist nun zusammengekommen worden, und im Laufe der Woche wird er mit seinem Wahlauftritt hervortreten. Die Christlich-Demokraten haben offenbar programmatische Meinungsverschiedenheiten mit dem Centralistblock und werden besonders bei den Wahlen auftreten. Die Juden sind untereinander uneinig, und es ist wohl kaum damit zu rechnen, daß ein aus sämtlichen Minderheiten bestehender Block zustande kommt. Der Innenminister stellte den Antrag, den Kreedit für die Kosten der technischen Ausführung der Wahlen zu erhöhen; inzwischen sollen die Kosten auf der Basis der normalen Kredite bestritten werden.

Der antideutsche Sonntag in Bromberg und Graudenz.

Die für den vergangenen Sonntag auch in

Bromberg organisierte Kundgebung gegen die Treviranus-Rede fand, wie die Bromberger „Deutsche Rundschau“ berichtet, unter der Beteiligung von kaum einem Fünftel der angesetzten Teilnehmerzahl statt. Nicht 25 000, sondern allerhöchstens 4–5000 Personen waren erschienen, zum großen Teil in Vereinen organisierte Staats- und Kommunalbeamte. Das Gros der Bürgerschaft unserer Stadt hat sich an der Kundgebung wenig beteiligt, trotzdem schon seit dem frühen Morgen und auch während des Gottesdienstes — in dem das Mesopfer im Namen dessen dargebracht wird, der die Nächstenliebe predigt — Lastautos mit aufreizenden Transpatenten wie „Wir fordern Ermland und Masurien“ usw. durch die Straßen Brombergs fuhren, angefüllt zum größten Teil mit uniformierten Jugendlichen. Um 12 Uhr marschierten auf dem Friedrichsplatz die einzelnen Beamtenverbände mit Kapellen auf, und die Marschmusik hatte eine Anzahl Schaulustiger mit herangezogen.

Während der Rede des Chefredakteurs Teska

vom „Dziennik Bydgoski“ kam es zu einem peinlichen Zwischenfall.

Direkt unter dem Balkon, von dem aus Chefredakteur Teska sprach, stand ein polnischer Kriegsinvalid auf und rief mit lauter Stimme in die Menge hinein: „Ihr könnt immer nur reden, gebt lieber den Kriegsinvaliden ihr Geld!“ Als man ihn am Weiterreden verhindern wollte, rief er noch einmal: „Warum darf man denn nicht die Wahrheit sagen?“ Der Invalid wurde sodann von einigen Sokols mit Fausten mishandelt und aus der Menge herausgestoßen, Hunderte von Zuschauern lösten sich aus der Menge los und strömten ihm aus Neugier nach. Dann stand noch ein zweiter polnischer Kriegsinvalid auf und wollte zu reden anfangen, wurde aber gleich niedergestoßen.

Die Stadt zeigte keinen Flaggenschmuck. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Ebenso fand in Graudenz eine Protestversammlung statt, die mit Annahme der üblichen Resolution ihren Abschluß fand. Die Kundgebung nahm einen ruhigen Verlauf.

Der deutsche Wahlkampf auf dem Höhepunkt.

Der Sonntag der großen Redner. — Die Front der Parteien.

Der vergangene Sonntag, der letzte vor den Wahlen, hat in allen Gegenden des Reiches und bei allen Parteien noch einmal einen Aufmarsch der Führer und Hauptredner gebracht. Wir lassen diese politische Front im folgenden vor den Augen unserer Leser in kurzen charakteristischen Zitaten erleben, die in ihrer Gesamtheit ein interessantes Bild von den politischen Zielen und Gegenzielen der Parteien geben:

Scholz in Berlin:

„Die Wirtschaft hat ein Recht darauf, zu verlangen, daß auch der Staat rationell verwaltet werde. Es muß zur Verfassungs- und Verwaltungsreform kommen mit dem Ziele des deutschen Einheitsstaates, den Bismarck bereits erstrebt hat. Eine Gefundung unserer Finanzen sei nur zu erzielen, wenn Reich, Länder und Gemeinden nicht nur für die Ausgaben, sondern auch für deren Deckung verantwortlich gemacht werden. Zur Wahlreform verlangt die Deutsche Volkspartei in erster Linie die Heraussetzung des Wahlalters. Die Sicherung unserer sozialen Errungenschaften ist zu wünschen, sie müssen sich aber im Rahmen der deutschen Wirtschaft halten.“

Seest in Berlin:

„Das Ziel der deutschen Politik ist die Wiedergewinnung und Wiederherstellung der Geltung Deutschlands im Bereich der anderen Völker, entsprechend seiner Größe, seiner Geschichte und seinem Können. Dies ist untrennbar verknüpft mit einem Kampf gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages. In erster Linie richtet sich der Kampf gegen einen untragbaren Tribut.“

Weiter muß der Kampf gehen um die Lebensnotwendigkeiten im Osten. Erst nach Vermittelung dieses Ziels kann von einer erfolgreichen Außenpolitik die Rede sein, die nicht eine Erwerbungspolitik ist, sondern eine Politik der Erhaltung des Deutschen Reichs. Wir müssen des alten Heeres mit Treue und Dankbarkeit gedenken. Dies sollte aber auch auf das neue Heer übertragen werden, denn in ihm liegt unsere Zukunft.“

Dietrich in Donaueschingen:

„Es muß unbedingt dahin kommen, daß das gegenwärtig bestehende landwirtschaftliche Defizit auf dem Gebiet der Lebensmittelteilnahme von nahezu einer Milliarde befreit wird, daß die Einfuhr von Eiern, Butter und Weizen gedrosselt wird. Der Vorwurf, ich hätte die Belange der großen Landwirtschaft durch die Zollhöhungen mehr gefördert als die Belange der kleinen, ist vollkommen ungerechtfertigt. Die Not der kleinen Landwirtschaft liegt uns am Herzen. Ich bin überzeugt, daß wir den Höhepunkt der Gefahren für die Landwirtschaft überschritten haben, und zwar deshalb, weil wir den auf dem Weltmarkt jetzt beobachteten Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Preise bei uns haben verhindern können.“

Brüning in Bochum:

„Wir brauchen Solidität in Finanz- und Wirtschaftspolitik. Dann wird es möglich sein, Sozialversicherung und Sozialpolitik zu stützen und zur Gefundung zu bringen. Daher Schlaf mit der Pumpwirtschaft bei den Großbanken, daher Konsolidierung der Finanzen, Ersparnisse überall.“

Dann wird man die Senkung der Lasten der Notverordnungen nach einer gewissen Zeitspanne ermöglichen können. Solide Finanzen im Reich verschaffen der deutschen Wirtschaft das Vertrauen im In- und Ausland. Dieses erzielt nicht das Treiben der Nationalsozialisten, die Chaopolitik derer um Hugenberg und die Wahlversprechungen der Sozialdemokraten.“

Braun in Tilsit:

„Ich habe dem Reichskanzler Dr. Brüning klipp und klar die Frage vorgelegt, ob er sich die Erklärung des Reichsministers Treviranus zu eigen macht, wonach die Regierung es ablehnt, bei der Lösung der schwierigen Gegenwartsprobleme die Hilfe der Sozialdemokratie in Anspruch zu nehmen. Der Reichskanzler hat meine Frage durch eine Gegenfrage beantwortet. Am 4. September fragte er in einer Versammlung in Breslau, ob die Sozialdemokratie die Möglichkeit sehe, mit einem Mann zusammenzuarbeiten, von dem es in einem sozialdemokratischen Flugblatt heißt: „Doch mit den Armuten unserer Armen, da kennt Herr Brüning kein Erbarmen.“ Die Frage des Kanzlers beantwortete ich mit einem glatten Ja, denn es geht nicht an, daß ich meine Stellungnahme zum Zentrum und der Zusammenarbeit mit ihm abhängig mache von einer gereimten Flugblattslosung.“

Hugenberg in Breslau:

„Mir ist es gleich, wer den Karren führt, aber solange ich auf dem Bock sitze, darf man nur so führen, wie ich es will und es vor mir und der Welt verantworten kann.“

Zeppelin-Landung in Breslau.

Am gestrigen Sonnagnachmittag 4 Uhr.

(Sonderbericht für das „Posener Tageblatt“)

—ir. Als am Sonntag morgen um 5:10 Uhr über Breslau ein heftiger Gewitterregen niederging, wird manches Breslauer Herz betrübt geworden sein, daß der Himmel sein Einsehen der Stadt Breslau nicht schenken will, um nun zum zweitenmal mit bösem Weitern eine Zeppelin-Landung zu hinterziehen. Auch die Radionachrichten, daß LZ 12 um 9 Uhr 35 in Friedrichshafen zu der angekündigten Breslausfahrt gestartet ist, konnten die Gemüter nicht aufheben. Manch einer lag mit größter Spannung an seinem Lautsprecher — rücksichtsvolle Leute am Kopfhörer — und harrten gespannt auf weitere Meldungen. Um 10 Uhr wurde der Zepp über Bayreuth gesichtet, und langsam begann nach dieser Meldung Vertrauen und Hoffnung auf ein programmäßiges Eintreffen des Luftschiffes Allgemeingut zu werden. Um 9 Uhr wurden die Zugänge zum Landungsplatz geöffnet, und schon begannen die Schaulustigen trotz des bedrohlich bewölkten Himmels sich dort einzufinden.

Propagandaflieger über Breslau.

Um 12 Uhr 30 rief ein Motorengeräusch aus der Luft Tausende von Bewohnern an ihre Fenster. Sollte der Zeppelin übermähig pünktlich sein und schon jetzt eintreffen? Das wäre ja zu viel verlangt, und man war es zufrieden, daß es nur fünf Flugzeuge waren, die mit riesigen Buchstaben „Wählt Liste 1“ Parteipropaganda trieben.

Der Aufmarsch der Schaulustigen.

Von etwa 13 Uhr 30 an waren eine Unzahl Sonderlinien der Straßenbahn in der Richtung Flughafen eingekettet worden, die im ununterbrochenen Reihen voll besetzt aus dem Stadtinnern Neugierige nach dem Gondaner Flughafen brachten. Nebenher sausten Autos und Motorräder in großer Menge, trotz der hohen Standgesetze, die die Flughafenverwaltung als Entgelt für ihre Vorsorge für Parkplätze erheben mußte. Das riesige grüne Feld des Landungsplatzes ist von allen Seiten durch Drahtzäune begrenzt, hinter denen die Zuschauer für 50 deutsche Reichspfennige Aufstellung nehmen durften. Manche haben schon einige Stunden gestanden. Schirme tun ihr möglichstes, ihre Inhaber zu schützen und kleinen Leuten — die Aussicht zu verbergen. Alglatte Delmäntel glänzen trist und undichte Schuhe ziehen Wasser. Dennoch hält die Menge gebündigt aus. Diesmal enttäuscht sie der Zeppelin nicht.

Ein dunkler Punkt am grauen Himmel

Zuerst um 15 Uhr angezeigt, dann mit kurzer Verzögerung gemeldet, erscheint tatsächlich um 15 Uhr 15 in der Richtung Berlin ein dunkler Punkt am grauen, noch immer regengeschwernen Himmel. Man streitet sich im Publikum, beweist sich gegenseitig die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, daß ein solcher Punkt der Zeppelin sein könne. Aber der Punkt wird größer — er ist es wirklich! Man sieht zunächst den 235 Meter langen silbergrauen Rumpf des Luftschiffes, quer über den Flugplatz fällt nähernd. Dann eine leichte Wendung, die vorbereite Spize nimmt direkte Richtung auf die Gebäude des Flughafens, in schöner Schleife umkreist jetzt der gigantische Vogel das ganze Flughafengelände. Fernlichter werden in unzähliger Menge gezündet, die Kamera arbeitet in Hunderten von Händen, jeder sieht die Kühmestat deutscher Technik und schwiegt staunend. Nur das Surren der Motoren donnert durch die Luft.

Zepp läuft etwas fallen.

Mitten über dem Landungsplatz steht man plötzlich ein großes Palet sich von einer Gondel lösen, man sieht es fallen, bis nach wenigen Metern der Fallschirm sich entfaltet und in schönem Gleitflug zwei Säde mit starken Tauen zur Erde bringt, die zur Verlängerung der Landungseile dienen sollen. Schon bemächtigen sich die bereitstehenden Landungsmannschaften der Tore, um damit letzte Vorbereitungen zu treffen. Da entfliegt der Zepp ohne Landung den Augen der Zwanzigtausend, die ihn vor den Toren der Stadt begrüßen wollten. Doch Edners Schiff hat recht gehandelt, es wollte nicht niedergehen, ohne den übrigen 580 000 Breslauern einen Gruß enthalten zu haben, die ja unmöglich alle zum Flughafen kommen konnten.

Bogel in Aufzehr.

Ueber einem großen Gartengelände zwischen Flughafen und Stadtmitte erkönnt nun das Surten der 2650 Pferdekräfte aus 5 Maybachmotoren. Die Bogel aus den Gärten wissen nicht, was sie von ihrem gigantischen Kollegen in der Luft

halten sollen und fliegen in wirrem Tumult durcheinander, gehen auf und nieder, vergessen die schöne Sicherheit ihres eigenen Fluges vor solch nie gesehener Menge gebündelter Kraft der Technik in ihrem ureigensten Gebiet. Auch die Wetterkräfte scheinen ein Eindringen in ihr Reich nicht zu wünschen, doch begnügen sie sich mit einem kurzen zornigen Donner. Das drohende Gewitter zieht ab, ehe es zum Ausbruch kam.

Zur Erde nieder.

Eine Viertelstunde kreuzt der Zepp über der Stadt. Dann erscheint er wieder im Gesichtskreis der Zwanzigtausend. Langsam, ganz Majestät und Würde, geht er seinen Weg. Die Landungsmannschaften am anderen Ende der großen, grünen Fläche werden wieder lebendig. Rauchadeln gehen unten auf und bezeichnen dem Schiff die Grenzen des Landungsgebietes. Es neigt sich die Spitze des Landungskreuzes, und schon sehen wir zwei mächtige Landungsschiffe ausgeworfen. Als wäre es tägliche Übung, so flanierten die Mannschaften unten in grader Linie und bemächtigten sich der Tore, die sofort um die vorher abgeworfenen verlängert werden. Alles geht in bester Ordnung und nichts erscheint gefährlich, wenn dieser Koloss sich so langsam zur Erde niederziehen läßt, wobei seine eigenen Motoren im Tiefenster helfen.

Neden und Essen, aber nicht gleichzeitig.
Als die Passagiergondel nun endlich die Verbindung zum Boden hat, also die Landung vollzogen ist, bricht der Jubel der Menge los. Ein Vertreter der Regierung und der Oberbürgermeister begrüßen Kapitän Lehmann und Kapitän Fleming, sowie die Passagiere und Besatzung. Ein Vertreter der Luftfahrtvereine drückt den Leuten vom Zepp seine Landeradschaftliche Freude aus, und der Rundfunsprecher unterhält sich mit Kapitän Fleming über das Wetter. „Zwischen, schönes Wetter heute“, sagt ungefähr der Kapitän, „denn der Regen macht uns gar nichts. Aber heute früh beim Start in Friedrichshafen war es bei dem widrigen Wind sehr schwierig, das Schiff aus der Halle herauszubekommen. Auch über Mitteldeutschland war ein schweres Unwetter zu umfliegen.“ Gleich stehen Kellner bereit, um der Mannschaft kalte Platten zu reichen, die sehr schön mit aeronautischen Symbolen garniert waren, und unter Regenschirmen präsentiert werden müssen. Zwei gelbe Postautos eilen über das Flugfeld, um die Poststädte abzuholen und neue Passagiere an das Luftschiff zu bringen.

Spermaßnahmen und andere schöne Dinge.
Der Zeppelin blieb etwa eineinhalb Stunden auf dem Landungsfelde. Von weitem durfte ihn sich jeder ansehen. Die Vertreter der Presse erhielten zwar zum Teil die Berechtigung, das Rollfeld zu betreten, um aus nächster Nähe den Riesenvogel zu betrachten. Aber das Interesse auswärtiger und auch ausländischer Zeitungen war größer, als die Flughafenleitung erwartet hatte. So hatte sie einen Teil der Pressevertreter nur mit „Ehrenarten“ versehen, die aber nach der im Büro gegebenen Versicherung den Zutritt nicht einschränken sollten. Die Polizei, von der Flughafenleitung mit den Spermaßnahmen beauftragt, wußte von diesen an die Presse ausgetragenen „Ehrenarten“ nichts, und trotz fast einstündigem Bemühen von Leipziger und Breslauer Pressevertretern sowie dem Vertreter des „Posener Tageblatts“ ist es einer Anzahl Journalisten leider nicht möglich gemacht worden, das Rollfeld zu betreten, um in Ausübung ihres Berufes auch über technische Einzelheiten des Luftschiffes ihren Lesern zu berichten. Eine Kurzsichtigkeit, die mehr als seltsam bezeichnet werden mußte.

Doch Kindertränen . . . ?

Nachdem etwa eine halbe Stunde seit der Landung vergangen war, erscheint weinend ein 11jähriger Junge an der Sperr zum Rollfeld, wo Journalisten vergleichbar um berechtigten Einlaß kämpfen. Er wolle doch auch an den Zeppelin heran, er hätte ihn noch nie gesehen, er müsse ihn sehen. Er läßt sich nicht abweisen, und weint und heult um so mehr mit jeder Absage. Man vermutet, eine Hoffnung, als blinder Passagier mit dem Stolz deutscher Technik das Vaterland zu überqueren, muß hier ins Wasser fallen. Aber er beteuert weinend, daß er bestimmt zurückkommen wolle. Ein Schupo begleitet ihn schließlich, von der Macht der Tränen gerührert, bis an den Zeppelin heran, und auch wieder bis an die Sperr zum Rollfeld.

Aufstieg und Abschied.

Um 14 Uhr 45 ist alles startbereit. Keine fünf Minuten vergehen, und schon schwebt der Riesenvogel in schöner Schleife über dem Flugplatz. Noch einmal überquert er die Stadtmitte und bald taucht der graue Rumpf des Schiffes in das noch immer wolfig verhangene Lustreich. Der Rückmarsch der Zwanzigtausend wird fast ein noch großartigeres Schauspiel. In unüberschaubarer Dichte strömen in der ganzen Straßenbreite die Menschen der inneren Stadt zu. Schupos haben Mühe, der Straßenbahn freie Fahrt zu schaffen, die wiederum übervoll besetzt ist, in dichten Zügen den Verkehr zu bewältigen sucht. Hier geht aber alles in mustergültiger Ordnung. Am Königsplatz, wo sich die Straßen zur Innenstadt gabeln, teilt sich die Flut der Menschen, Straßenbahnen und Autos. Noch einmal sind alle Mittel der Verkehrsdisziplin zusammenzunehmen. Doch die Verkehrs-Schuleute meistern auch hier ihre schwierige Aufgabe. — Während die Menschenmassen wieder daheim sind und sich, ausgehungert vom langen Warten, am Abendbrot stärken, läßt das nun schon befannste Surten der Zepp-Motore sich noch einmal über der Stadt hören. Das Luftschiff hatte einen Abschlag nach Oberschlesien gemacht, und flog um 19 Uhr 20, wohl für lange Zeit zum letzten

Male, mit erleuchteten Gondeln über der großen Stadt des deutschen Ostens. Nur schwach hob sich der mächtige Rumpf vom dunkel werdenden Himmel ab. Doch wenige Minuten später hatte heller Mondchein sich durchgeleucht, um in seinem Glanze den Riesenvogel über die deutschen Gaue nach Friedrichshafen heimwärts zu führen.

Rückfahrt mit Hindernissen.

Breslau, 7. September. (R.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das, wie gemeldet, kurz vor 17 Uhr den Rückzug nach Friedrichshafen über Cottbus angetreten hatte, mußte wegen ungünstiger Witterungsverhältnisse nach Breslau zurückkehren, von wo es gegen 19½ Uhr die Rückfahrt in südlicher Richtung über Mähren antrat. Kurz vor 21 Uhr übersegelte das Luftschiff Troppau und fuhr dann in südlicher Richtung über Olmütz weiter nach Wien, das es um 23:30 Uhr passierte. Nachdem das Luftschiff mehrere Schleifen über der Stadt beschrieben hatte, setzte es seine Fahrt in westlicher Richtung fort.

Wieder in Friedrichshafen gelandet.

Friedrichshafen, 8. September (R.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist aus Breslau zurückgekehrt und heute früh 7:35 Uhr glatt gelandet.

Der antideutsche Sonntag in Posen.

Eine Resolution zeigt sein wahres Gesicht.

Der im Gegensatz zu anderen Städten mit reicher Verspätung für gestern mittag vom Weltmarkenverein auf dem Platz Wolności (fr. Wilhelmsplatz) einberufene Antideutschentag, der als Protestkundgebung gegen die Treuirausrede und gegen die deutschen „Grenzrevolutionsgelüste“ gedacht war, nahm infolge des starken Polizeiaufgebots, das mustergültig in der ganzen Stadt verteilt war, einen ruhigen Verlauf.

Auf dem Balkon des Cafés „Esplanade“ hatten sich die Vertreter der Behörden mit dem Posener Wojewoden Raczyński an der Spitze versammelt. Von dort aus wurden an die etwa 10 000 Mann starke Menge, durch Radio und Lautsprecher verbreitet, die Ansprachen gehalten, die der Kurator des Posener Schulbezirks Raczyński eröffnete. Ihnen folgten der frühere Senator Dr. Seyda als Vertreter der Volkspartei, der ehemalige Abgeordnete Herz als Vertreter der im Centrum vereinigten Parteien und der ehemalige Abgeordnete Surzyński als Vertreter der B. B.

Die Reden, die sich immer wieder mit den angeblichen „Eroberungsgelüsten“ der Deutschen im Gegensatz zu der friedlichen Politik Polens befaßen und die Entschlossenheit Polens hervorheben, jeden Zentimeter Landes bis auf den letzten Blutstropfen zu verteidigen, nahmen schließlich in einer scharfen antideutschen Resolution ihren Ausklang, die für den eigentlichen tiefen Sinn dieser Protestkundgebung charakteristisch ist. Nach Absingung der „Rota“ und der Nationalhymne bewegte sich die im übrigen durch den einzehenden Dauerregen allmählich bereits dezimierte Menge in geschlossenem Zuge durch die Stadt. Neben den üblichen Schildern und Fahnen sah man in dem Zuge auch geschmacvollerweise zwei an zwei Galgen baumelnde Puppen, die den deutschen Reichsminister Treuiraus vorstellen sollten. Vor dem Schloß wurde dem Wojewoden die bereits erwähnte Resolution übertragen, in welcher u. a. folgende „friedliche“ Forderungen gestellt wurden:

Desgleichen in Ostrowo.

Auch in Ostrowo stand, wie uns von unserem Berichterstatter berichtet wird, am gestrigen Sonntag eine antideutsche Kundgebung statt, auf der eine ganz ähnliche Resolution gefaßt wurde wie in Posen. Die Polizei war in höchster Alarmbereitschaft, so daß es auch hier zu irgendwelchen Ausschreitungen nicht gekommen ist.

Genfer Minderheitentongress geschlossen.

Ein Schreiben an Briand.

Genf, 6. September.
Der 6. Europäische Minderheitentongress ist am Freitag mit einer Schlußrede des Präsidenten Dr. Willan geschlossen worden. Vorher wurde beschlossen, in Genf eine Beratungs- und Unterstützungsstelle für die beim Völkerbund beschwerdeführenden Minderheiten zu schaffen.

Dieser Bechlaf ist darauf zurückzuführen, daß von den Minderheitenbeschwerden 40 v. H. bisher aus rein äußerlichen Gründen vom Völkerbund

sekretariat überhaupt nicht geprüft worden sind, und daß von den geprüften Beschwerden keine vor dem Völkerbundrat gelangt sind.

Die Stellungnahme des Kongresses zu der Frage der Vereinigten Staaten von Europa wurde dem französischen Außenminister in einer Denkschrift zugestellt, in der erläutert wird, daß die Minderheiten mehr wie die Staatsvölker an einem Frieden, der die stärksten Sicherungen hat, interessiert seien, daß jedoch die Pläne Briands zu der Befriedung Europas nicht führen würden,

da er sich nur mit den Staaten und nicht mit den Völkern beschäftige. „Für die vielen Millionen europäische Menschen, denen sich das von der Gemeinamkeit des Volksstums ditierte Einheitsstreben nicht in der Erreichung einer gemeinsamen Staatlichkeit erfüllen kann, muß die europäische Union nicht allein auf der Grundlage der Staaten, sondern auch auf der der Völker aufgebaut werden. Niemand ist besser imstande, die großen Vorteile einer Organisation zu werten, als deren schöpferische Arbeit die europäische Union ertheilt.“ Jedoch kann es nicht nur darum gehen, neuen Brüder von Staat zu Staat zu schlagen. Worum es sich heute vor allem handelt, ist, den Weg freizumachen für eine Verständigung von

Volk zu Volk. Dazu ist erstes Erfordernis, daß jeder europäische Mensch für sich und im engsten Zusammenhang mit seinen Volksgenossen seinem Volkstum leben darf. Allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz gehören indessen Entnatiertierung und Unterbindung völklichen Zusammensetzens zum eisernen Bestande staatlicher Innenpolitik. Deshalb richten die Minderheiten an Briand den Ruf, sich dafür einzusegen, daß der Fortschritt zu einer gesamteuropäischen Lebensgemeinschaft nicht allein aus den Notwendigkeiten der Wirtschaft und den Interessen der Staaten sondern auch aus den Forderungen höchster Gerechtigkeit und Zusammenarbeit zwischen den Völkern aufgebaut wird.“

Vor den polnischen Wahlen.

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 8. September.

Das neueste Interview, das Piłsudski durch den früheren Postminister und jetzigen Chefredakteur der „Gazeta Polska“, Miedzyński, der Öffentlichkeit über gibt, unterscheidet sich in Form und Ton nicht von den früheren Auslassungen Piłsudskis. Man muß jedoch sagen, daß der Haß und die Verachtung, die Piłsudski gegenüber den Parlamentariern hegt, sich derartig gesteigert hat, daß er augenblicklich alle Hemmungen außer Acht läßt. Piłsudski hat sich nach seinen Neuerungen Sachverständigen - Gutachten vorlegen lassen und ist hierbei zur Überzeugung gekommen, daß die Parteien überhaupt nicht in der Verfassung erwähnt werden, daß sie deshalb keinelei Existenzberechtigung hätten. Piłsudski steht auf dem Standpunkt, daß er allein diejenige Persönlichkeit ist, der Aufhebung der Verfassung zustehen. Er gibt zwar zu, daß es noch andere Auffassungen gäbe, die Leute aber, die diese abweidenden Ansichten um die Verfassung vertreten, nennt Piłsudski Winkeladvokaten, die aus der Konstitution eine „Prostitution“ machen und ihren Inhalt verdrehten.

Die Abgeordneten haben für Piłsudski infolgedessen keinerlei Existenzberechtigung mehr, und er behauptet, ihre ganze Politik bestände darin, daß sie lediglich Geld und wiederum Geld verlangten, entweder für sich oder für ihre Parteien. Er nennt sie ein „Leichenhaus“, das die Lust verperfert und das er schon lange vor die Türe befördert hätte, wenn ihm nur in der Eile etwas anderes zur Verfügung stünde, um es an die Stelle dieses Leichenhauses zu setzen. Er drückt sich sogar noch etwas schärfer aus und wirft den Abgeordneten vor, daß sie für nichts anderes Interesse hätten als für kostloses Essen, für freies Hotel und Bordell, für die er keinen Pfennig übrig habe.

Hiermit erläutert es sich auch, daß er, wie ja bekannt, den Sejmabgeordneten jede weiteren Diäten weggestrichen hat, und daß er auch weder für den Sejmabmarsch oder seine Vertreter aus der Staatskasse irgend etwas bezahlen lassen wollte.

Piłsudski macht die nicht uninteressante Mitteilung über ein Gespräch mit dem italienischen Außenminister Grandi, den er allerdings nicht beim Namen nennt, und in dem ein anderer Staat und die dortigen Verhältnisse erwähnt

werden. Piłsudski meint mit diesem Staat Russland, wo die Leute farbenblind seien, grün für rot hielten, auf den Händen statt auf den Füßen ließen und infolgedessen alles verfehlten. Genau so sei es mit dem Sejm, der einen Staat im Staat bilden wolle, und der sich um so wichtiger vorkomme, je kleiner er sei. In Wirklichkeit sei es den im Sejm Gebliebenen nur um „freies Greifen“ und kostenlose Würste zu tun, und gleichzeitig trete man für die Reinheit der Wahlen ein.

Zum deutschen Wahlkampf. Verantwortungslose Gesellen. Zehn Millionen Nichtwähler sollen wählen.

(Von unserem Breslauer 1r-Mitarbeiter.)

Bei der letzten deutschen Reichstagswahl im Jahre 1928 haben etwa zehn Millionen Wähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht! Wenn man weiß, daß zur Wahl eines Abgeordneten 60 000 Stimmen nötig sind, läßt es sich klar überblicken, daß die Stimmen dieser zehn Millionen dem Reichstage ein wesentlich anderes Bild gegeben hätten. Gleichgültigkeit und mangelnder Glaube an die Möglichkeit, durch den Reichstag wirklich etwas zu erreichen, kann nur der Grund für die Wahlnentaltung gewesen sein. Radikale Menschen, wenn sie ehrlich sind, aber haben Glauben und Hoffnung, auch wenn ihre Ideale Ungläubigkeit und Amturz heißen. So können die Nichtwähler nur in den bürgerlichen Kreisen zu suchen sein, die enttäuscht durch die geringe Greifbarkeit der Erfolge bürgerlicher Parteien, nicht mehr an der Wahlurne erscheinen. Sie haben nicht begriffen, daß jede Entwicklung Zeit braucht, und dies besonders in einem parlamentarischen Staat. Greifbarkeit der Erfolge ist es, die die Nichtwähler aus ihrem Abwesenbleiben herausreissen kann.

So hofft man in Deutschland, daß die Regierung Brüning mit dem scharfen Durchgreifen, mit

Reichstagsauflösung und Notverordnungen zur Osthilfe den Nichtwählern ein greifbares Ziel hingestellt und so einen großen Teil aus ihrem Gebrauch gemacht! Wenn man weiß, daß zur Wahl eines Abgeordneten 60 000 Stimmen nötig sind, läßt es sich klar überblicken, daß die Stimmen dieser zehn Millionen dem Reichstage ein wesentlich anderes Bild gegeben hätten. Gleichgültigkeit und mangelnder Glaube an die Möglichkeit, durch den Reichstag wirklich etwas zu erreichen, kann nur der Grund für die Wahlnentaltung gewesen sein. Radikale Menschen, wenn sie ehrlich sind, aber haben Glauben und Hoffnung, auch wenn ihre Ideale Ungläubigkeit und Amturz heißen. So können die Nichtwähler nur in den bürgerlichen Kreisen zu suchen sein, die enttäuscht durch die geringe Greifbarkeit der Erfolge bürgerlicher Parteien, nicht mehr an der Wahlurne erscheinen. Sie haben nicht begriffen, daß jede Entwicklung Zeit braucht, und dies besonders in einem parlamentarischen Staat. Greifbarkeit der Erfolge ist es, die die Nichtwähler aus ihrem Abwesenbleiben herausreissen kann.

Die Nichtwähler sind innerhalb der letzten drei Jahre 65 öffentliche deutschsprachige Volksschulen eingegangen. Im gesamten ehemals preußischen Teilstaat aber wurden in den letzten fünf Jahren 274 öffentliche Schulen ausgelöst. Von der Gesamtzahl der deutschen Kinder gehen in Pommern 66,7 Prozent in polnische Unterrichtsbetriebe. In Deutschland aber wird — ohne den Zwang eines Minderheitenschulvertrages — unter den loyalsten Bedingungen ein neues polnisches Schulwesen aufgebaut!

Wie der oben wiedergegebene Kommentar der größten polnischen Zeitung beweist, nennt man in Polen all das, was in Deutschland geschieht, eine „Schikanierung der Behörden“. Dagegen wird der systematische Abbau des deutschen Schulwesens und die ständige Behinderung der Gründung von deutschen Privatschulen mit Vorliebe als „Toleranz“ bezeichnet. Das ist zwar nicht logisch; aber es ist manches nicht logisch, was hierzulande geschrieben wird.

Bevorstehender Prozeß Scherl-Hugenbergs?

Berlin, 8. September. (R.) Wie die „Welt am Montag“ erfährt, hat Dr. Georg Scherl am 2. Juni d. J. an die Firma August Scherl ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß der von August Scherl mit der Firma August Scherl G. m. b. H. im Jahre 1913 geschlossene Vertrag verletzt worden sei, der die Bestimmung enthalte, daß die politische Tendenz der Organe der August Scherl G. m. b. H. nicht geändert werden dürfe. Andernfalls sei August Scherl bzw. seine Rechtsnachfolger berechtigt, die Streichung des Namens Scherl aus der Firmenbezeichnung zu verlangen. Da dieser Brief ohne Antwort blieb, hat am 2. September der Rechtsvertreter Dr. Georg Scherls der Firma August Scherl ein Ultimatum bis zum 6. September gestellt und gleichzeitig erklärt, daß er bei Nichtbeantwortung im Prozeßweg die Streichung des Namens August Scherl aus der Firmenbezeichnung betreiben werde. Dem Blatt zufolge ist die Ultimatumsfrist verstrichen, ohne daß eine Antwort von der August Scherl G. m. b. H. erfolgte.

Köpfe
der deutschen Parteiführer.



Brüning (Zentrum).

laut veröffentlicht. Die Red. Dieser Aufruf war betont überparteilich gehalten.

Deutlicher wird in einer heutigen Kundgebung die jüdische Wirtschaft, Verbände der Industrie, des Handels, des Handwerks und des Landbesitzes erklären: „Alle Stimmen den Parteien, die gewillt sind, einer Reichsregierung, die die so notwendigen Reformen energisch durchführt, die parlamentarische Basis zu verschaffen. Alle Stimmen den Parteien, die das von der Regierung begonnene Werk der Osthilfe fortzusetzen und auszubauen gewillt sind. Mit allen Mitteln aber muß dafür gesorgt werden, daß die Millionen Wähler, die beim letzten Reichstagswahlkampf abseits standen, zur Wahlrechte kommen. Wahlrecht ist Wahlpflicht!“

Gest will es scheinen, als ob in diesem Jahre die Nichtwähler sich ihrer schlechten Eigenart schämen werden. Es hat sich ergeben, daß bei seiner Wahl seit Kriegsende eine so große Zahl von Wählern an ihrer richtigen Eintragung in die Wahllisten in der dazu vorgeschriebenen Frist Interesse genommen hat. Bei den Gemeindewahlen im November 1929 haben z. B. in Breslau nur 74 000 Wähler vor der Wahl in die Wahllisten Einblick genommen, für die Reichstagswahlen im Jahre 1928 hatten es 118 000 Wähler getan, und für die bevorstehende Wahl ist die Zahl mit 155 000 zu nennen. Da erfahrungsgemäß die Zahl der vorherigen Prüfungen über ordnungsgemäßige Eintragung in die Wahllisten Aufschluß über die zu erwartende Wahlbeteiligung geben, rechnet man insbesondere im Osten mit einem starken Rückgang der Nichtwähler.

Max Hoelz fordert zum Mord auf.

Staatsanwaltschaft schreitet ein.

Die Staatsanwaltschaft Berlin hat gegen Max Hoelz ein Ermittlungsverfahren aus § 5, Ziffer 4, des Republikanischen Gesetzes eingeleitet, wegen einer Rede im Berliner Sportpalast, in der er zur Exekution von Volksgenossen aufgefordert haben soll.

Hierzu schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: „Dieser Wahlkampf, der von bürgerlicher Seite noch immer apathisch und schwunglos geführt wird, hat endlich einen „Höhepunkt“ erreicht. In einer kommunistischen Wählerversammlung in Berlin rief am Donnerstag der bekannte Worbrenner aus dem Vogtland, Zweite Moslaus, verhindelter Reichstagskandidat der Kommunistischen Partei und notorischer Zuchthäusler Max Hoelz zur Ermordung andersdenkender Volksgenossen und zur Gründung einer deutschen PGU auf. Wie die kommunistische und sozialistische Presse berichtet, fand er frenetischen Beifall, obwohl selbst die „Rote Fahne“ eine gewisse Verlegenheit über ihren Prototyp nicht verborgen kann. Gut — der Zuchthäusler Max Hoelz will seine Bluttaten fortführen. Das ist seine Sache wie die anderer pathologischer Kriminalverbrecher. Wo aber bleibt die Polizei? Der Zuchthäusler Hoelz hat seine Strafe noch nicht vollständig abgezahlt. In selbstmörderischer Humanitätsduselei entließ ihn die Justiz des bürgerlichen Staates, den er vernichten will, vorzeitig aus der Haft, mit Rücksicht auf die Wiederaufnahme des Verfahrens“. Sicher gibt es Bestimmungen der verhönten bürgerlichen Gesetze, die diese unverständliche und komische Nachsicht ermöglichen. Der Hoelz schüttelte den deutschen Staub von seinen Füßen und begab sich nach Moskau auf die hohe Schule des kriminellen Verbrechertums. Sein unvorstüdiges Geständnis in der erwähnten kommunistischen Versammlung nun widerspricht denselben bürgerlichen Gesetzen, denen er den Kur- und Ausbildungsaufenthalt in Moskau verdankt. Es hat mit Politik und Wahlkampf gar nichts mehr zu tun, sondern ist eine einfache Angelegenheit des Strafrichters. Was gedenken die Staatsanwaltschaft Berlin und das Preußische Justizministerium zu tun?“



Deutscher Katholikentag in Münster.

Nuntius Orsenigo säuft im geschmückten Auto in Begleitung des Bischofs Boggenburg vom Bahnhof in die Feststadt. In Münster tagt zur Zeit die 69. Generalversammlung der deutschen Katholiken, die unter dem Namen Deutscher Katholikentag alljährlich abgehalten wird. Hohe Würdenträger der Kirche und prominente Beamte und Politiker, kurz, die ersten Vertreter deutscher Katholiken, sind in Münster versammelt.

Grosse Preisermässigung auf Schuhwaren

vom 8. bis 20. September 1930

1675—54
zł 24.90



Geschmackvoller komb. Schuh mit perforierter Spitze und Spange.

3223—63
27—30 zł 12.90
31—35 zł 14.90
36—38 zł 19.90



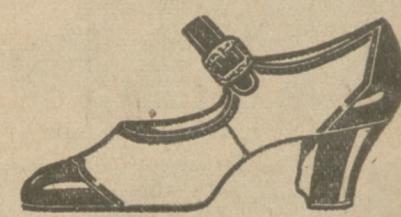
Brauner, komb. Kinderhalbschuh aus dauerhaftem Leder mit Gummisohlen.

9642—05
23—26 zł 9.90
27—30 zł 12.90
31—35 zł 14.90



Ein sehr schöner Schuh für Ihr Töchterchen, geeignet zum Schulbesuch und für Sonntag.

1955—39
zł 24.90



Schöner praktischer Straßenschuh.

9645—42
zł 24.90



Elegant geflochtener, sehr bequemer Straßenschuh.

9905—51
zł 24.90



Sportschuh aus Samsch, verziert mit delikatem Boxcalf. Die Ausführung und Farbauswahl entsprechen den Erfordernissen der Eleganz.

9675—44
zł 24.90



Geschmackvoller Straßenschuh durch vornehme Eleganz ausgezeichnet.

9675—61
zł 24.90



Straßenschuh aus feinem Kalbsleder. Letztes Pariser Modell.

9637—27
zł 24.90



Eleganter Straßenschuh aus erstklassigem braunen oder schwarzen Boxcalf. Elegant verziert. Zeichnet sich durch Qualität und Eleganz aus.

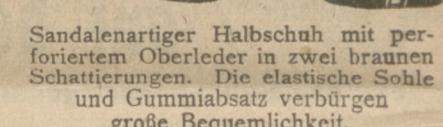
Bata

Poznań Warszawa

Plac Wolności 8 Marszałkowska 138

Łódź

Stalinowska 87



Sandalenartiger Halbschuh mit perforiertem Oberleder in zwei braunen Schattierungen. Die elastische Sohle und Gummiabsatz verbürgen große Bequemlichkeit.

Die Geburt eines Sohnes zeigen hoherfreut an

Heinz Kümmel

Alexandra Kümmel geb. Gräfin von Wartensleben

Neuhof bei Oels — Schlesien-Land, am 3. September 1930.

Für die uns zu unserer Vermählung erlösenen Aufmerksamkeiten danken herzlich

Walter Zippel u. Frau Anna geb. Schröder, Löwecin, den 9. September 1930.

Am 6. September wurde aus ihrem arbeitsreichen Leben abgerufen nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter und Großmutter

Frau

Pauline Rubel

geb. Furchner

im Alter von 70½ Jahren.

In diesem Schmerz

Die trauernden Hinterbliebenen.

Fürstenwalde, Poznań, den 8. September 1930.

Am Sonntag, dem 7. d. Mts., vormittags um 11 Uhr starb plötzlich infolge eines Unfalls unsere geliebte Tochter, Schwester u. Enkeltochter

Margarete Drescher

im 18. Lebensjahr.

Czempiń, den 8. September 1930.

Dies zeigt in tiejem Schmerz an

Georg Drescher und Frau Martha.

Die Beisetzung findet am Donnerstag nachm. 5 Uhr von der evgl. Friedhofskapelle in Czempiń aus statt.

Heute vormittag 3/11 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine heißegeihte jüngste Tochter, unsere liebe treue Schwester

Gertrud

im Alter von 28 Jahren.

In dieser Trauer

Gertrud Bloch, geb. Hempel,

Hildegard Bloch,

Margarete Bloch, Lehrerin, Saalfeld (Thür.).

Kurt Bloch.

Legowo, p. Wągrowiec, den 6. September 1930.

Kavalier, 40 Jahre alt.
Haussbesitz, (jüdisch), wünscht
einf. Ver-
kantchaft
zweds

Offerten mit Angabe der
Verhältnisse und Bild unter
1339 an Annen-Expe-
dition Kosmos Sp. z o. o.,
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Posener Handwerker Verein
gegr. 1862

Donnerstag, den 11. d. Mts.,
abends 8 1/2 Uhr

Mitgliederversammlung
in der Grabenloge.
Der Vorstand um 8 Uhr.
Um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder
wird gebeten.
Der Vorstand.

Preise

bedeutend ermäßigt,
vornehme und fach-
männische Bedienung
erstklassige Kräfte

M. Scheller

ul. Pocztowa 31

vis à vis der Post.

In hygienischer Be-
ziehung u. Einrich-
tung erster Frisier-
Salon in Poznań.

Telefon 53-75.

Preisliste im Schaufenster.



Klein-Kraft-
Motoren

mit 2 Schwun-
räder u. Ver-
dampfungs-
kühlung, fest-
stehend und fahrbare, von 2—10 PS., für
Landwirtschaft und Gewerbe offeriert

Woldemar Günter

Landmaschinen

Poznań, Telefon 52-25
Sew. Mielżyńskiego 6.

Nach fachärztlicher Ausbildung in der Universitätsklinik in Breslau (Direktor Prof. Dr. Hinsberg) habe ich mich in Poznań als Spezialarzt für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten und Sprachstörungen niedergelassen und die entsprechende Fachabteilung am Diakonissenhaus übernommen.

Sprechstunden: Vormittags 10—12, nachmittags 3—5 Uhr in meiner Privatwohnung Jasna 19, II (Hotel Bristol), Tel. 60-02.

Dr. med. Robert Weise.

Von der Reise zurück!
Dr. med. Georg Weise

prakt. Arzt

Poznań, Jasna 19, II. Tel. 6002
Sprechstunden 10—12 und 4—6 Uhr.



Drahtgeflechte
4- und 6-eckig
für Gärten und Gelände
Drähte 11 Stacheldrähte..

Preisliste gratis

Alexander Maennel
Fabryka ogrodzeń drucanych
NOWY TOMYŚL 5 (Woj. Pozn.)



ul. SEWERYNA MIELŻYŃSKIEGO 23 * TELER 4019

